

der Universität Lissabon (CFNUL), das die nationalen Spitzenwerte bei wissenschaftlichem Output und Zitationen aufweist. In diesem Zusammenhang hat die Portugiesische Physikalische Gesellschaft in einer Stellungnahme ihre Besorgnis geäußert, dass „die Mehrzahl der Einrichtungen im Zentrum und Norden von Portugal eliminiert oder massiv beschränkt werden“.

Die intensiv geführte Diskussion um die Auswirkungen der Evaluation dreht sich einerseits um behauptete methodische Schwächen des Prozesses. Andererseits wird eine zu starke Fixierung der Bewertungen auf das Potenzial zur „Innovation“ und direkte wirtschaftliche Verwertbarkeit beklagt – was die Finanzierung sowohl der physikalischen Grundlagenforschung als auch von Geisteswissenschaften wie der besonders hart getroffenen Philosophie grundsätzlich infrage stellt. Sollte sich dieses Bewertungsschema über ESF und Science Europe in der EU durchsetzen, müsste sich die Physik auch in anderen europäischen Ländern auf Probleme bei der Finanzierung ihrer Forschungsprojekte einstellen.

Matthias Delbrück

■ Indisches Forschungsbudget lässt hoffen

Die indische Scientific Community blickt überwiegend optimistisch in die Zukunft, obwohl das erste Budget der neuen Regierung unter Premierminister Narendra Modi zunächst keine allzu guten Zahlen aufwies: Die Fördermittel wurden zwar um vier Prozent erhöht, dies entspricht aber bei acht Prozent Inflation einer realen Kürzung. Dazu kommt, dass Modis Partei, die hindunationalistische BJP, während ihrer letzten Regierungszeit (1998 – 2004) unter anderem versucht hat, vedische Astrologie an den Universitäten zu institutionalisieren. Dennoch darf man die BJP nicht als generell wissenschaftsfeindlich ansehen: Die letzte BJP-Regierung hat mit dem militärischen Nuklearprogramm zwar die Sicherheit

der Region nicht vorangebracht, Naturwissenschaft und Technik haben davon jedoch profitiert. Und auch vor der Wahl im Frühjahr war die BJP die Partei mit dem wissenschaftsfreundlichsten Wahlprogramm.

Die aktuellen Zahlen des Forschungshaushalts sollten daher eher vor dem Hintergrund einer längeren Entwicklung bewertet werden. Bis zur Jahrtausendwende stagnierten die Mittel auf niedrigem Niveau, seitdem sind die Forschungsausgaben kontinuierlich angestiegen. Wegen des raschen Wachstums der gesamten Volkswirtschaft liegt zwar der Anteil am Bruttosozialprodukt entgegen den erklärten Politikzielen noch unter einem Prozent (führende Industrienationen erreichen einen Anteil von etwa zwei bis drei Prozent), aber der wissenschaftliche Output wächst stark an; hier hat Indien beispielsweise Russland bereits deutlich abgehängt.

Problematisch für Indien ist daher weniger die öffentlich finanzierte Wissenschaft, sondern die Industrieforschung, die nur etwa ein Drittel der gesamten F&E-Ausgaben Indiens ausmacht, während dieser Anteil in entwickelten Staaten bei zwei Dritteln liegt. Dieses Problem will die neue Regierung (wie auch viele Bundesstaaten) unter anderem durch gezielte Programme zum Wissenstransfer und zur Startup-Förderung angehen. Dies ist einer der Gründe für den derzeitigen Optimismus, ein anderer, dass beide großen politischen Parteien (BJP und Kongress) während ihrer Regierungszeit seit der Jahrtausendwende in diese Richtung gearbeitet haben. Ein anderes Problem ist dagegen schwieriger zu lösen, da es eng mit der traditionell großen sozialen Ungleichheit in dem riesigen Land verknüpft ist: Der Anteil der Wissenschaftler an der Gesamtbevölkerung in Indien ist deutlich niedriger als in vergleichbaren Ländern. Ob dies gerade eine von den privilegierten Kasten dominierte BJP-Regierung ändern kann, ist eher fraglich.

Matthias Delbrück